

Amden wehrt sich nicht gegen Asylzentrum

Der Gemeinderat von Amden will nicht gegen das geplante Asylzentrum im ehemaligen Kurhaus Bergruh klagen. Dies würde lediglich das Verhältnis zum Kanton vergiften, heisst es in einer Antwort auf eine Petition von Gegnern des Asylzentrums. Im September hatten fast 600 Personen mit einer Petition «Nein zum Asylzentrum Amden» gefordert, dass der Gemeinderat beim St.Galler Verwaltungsgericht prüfen solle, ob das geplante Durchgangszentrum für rund 100 Personen in einer kleinen Gemeinde wie Amden verhältnismässig sei. Wie der Gemeinderat gestern mitteilte, lehnt Amden dies ab. Die Gemeinde wolle sich solidarisch zeigen und Hand bieten, damit der Kanton seiner Verpflichtung nachkommen könne, Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu geben. Dieser Entscheid sei allen 468 stimmberechtigten Petitionären in einem Brief mitgeteilt worden.

«Auch Vorteile»

Ein Gerichtsverfahren gegen den Kanton, der die Unterkunft plane und später betreiben werde, wäre aussichtslos. Zudem würde ein Rechtsstreit die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und dem Asylzentrum schwer belasten. «Wenn wir einen möglichst reibungslosen Betrieb des Zentrums möchten, müssen wir auf eine gute Zusammenarbeit hinwirken», schreibt der Gemeinderat. Der Gemeinderat sieht im geplanten Asylzentrum auch Vorteile: «Solange das Zentrum Bergruh geführt wird, werden wir in Amden wohl keine Asylsuchenden mehr aufnehmen müssen, für deren Betreuung und Unterkunft die Gemeinde verantwortlich ist.»

Zentrum wird im Januar eröffnet

Noch nicht geklärt ist die Frage, ob es für die Umnutzung des ehemaligen Kurhauses eine Baubewilligung braucht. Laut der Gemeinde ist diese nötig, wenn es für mehr als 80 Asylsuchende genutzt wird. Der Kanton bestreitet eine Bewilligungspflicht generell. Wahrscheinlich wolle der Kanton ein Präjudiz verhindern, sagte Urs Roth, Gemeindepräsident von Amden. Das Verfahren ist beim kantonalen Baudepartement hängig. Trotzdem werde das Asylzentrum im Januar 2016 eröffnet. (sda)

Im Pfalz Keller Wahlen verfolgen

ST. GALLEN. Der Pfalz Keller im St.Galler Regierungsgebäude wird am Sonntag als Wahlzentrum des Kantons eingerichtet. Ab 12 Uhr werden sich Medienschaffende, Kandidierende und Parteienvertreter dort einfinden, um fortzu auf dem neuesten Stand der Auszählung zu sein. Auch die Bevölkerung ist eingeladen. Auf verschiedenen Bildschirmen werden gemäss Medienmitteilung aktuelle Ergebnisse gezeigt. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger können so direkt mitverfolgen, wer im Kampf um Parlamentsitze vorne liegt. Geöffnet ist das Wahlzentrum bis zum Abend, wenn alle Endergebnisse feststehen. (red.)



Bild: Urs Bucher

Die Teufner Schulpräsidentin Ursula von Burg kritisiert scharf, dass sie zu Vorwürfen in einem Zeitungsartikel keine Stellung nehmen konnte.

«Nicht ideal, aber zulässig»

Das Ausserrhoder Departement Bildung entlastet die Teufner Schulpräsidentin Ursula von Burg vom Vorwurf, sie habe die Gewaltentrennung verletzt.

MONIKA EGLI/MICHAEL GENOVA

TEUFEN. In die wegen der Entschädigungsaffäre aufgeheizte Stimmung in Teufen platzt eine neue Bombe: Am Dienstag veröffentlicht die Innerrhoder Zeitung «Appenzeller Volksfreund» einen Artikel, in dem schwere Vorwürfe gegen die Schulpräsidentin Ursula von Burg erhoben werden. Diese sah sich gestern deshalb genötigt, eine Pressekonferenz einzuberufen, um die Anschuldigungen zu widerlegen.

Mehr Stunden aufgewendet

Ursula von Burg hält sich kurz. Ihr war vorgeworfen worden, 2012 während einiger Monate das Amt des Schulleiters übernommen und damit gegen den Grundsatz der Gewaltentrennung verstossen zu haben. Zudem habe sie sich dafür einen Stundenansatz vergüten lassen, der einem horrenden Jahreslohn gleichkomme. Als sich im Juli 2012 der Gemeinderat von der damaligen Schulleitung

trennte, habe man ein Team zur Überbrückung zusammengestellt, erklärt Ursula von Burg. Sie selber sei für den Bereich Personelles und Koordination zuständig gewesen, einzelne Lehrer und die Schulleiterin von Niederteufen hätten andere Aufgaben übernommen. Die Schulpräsidentin weist den Vorwurf zurück, gegen die Gewaltentrennung verstossen zu haben. Und sie kann belegen, dass sie bedeutend mehr Arbeitsstunden aufgewendet hatte als im Artikel angegeben, womit sich der Stundenansatz auf üblicher Höhe bewege.

Christian Aegerter, Sekretär des Ausserrhoder Departements Bildung, beurteilt die interimistische Amtsübernahme der Schulpräsidentin als «nicht ideal, aber zulässig, wenn sie zeitlich befristet und sachlich begründet ist».

Auch Thomas Frey, Leiter des kantonalen Rechtsdienstes von Ausserrhoden, sieht in der interimistischen Amtsübernahme der

Schulpräsidentin keinen Verstoß gegen die Gewaltentrennung.

Langer Streit mit der GPK

Teufen scheint nicht mehr zur Ruhe zu kommen. Angefangen hatte alles mit der Geschäftsprüfungskommission (GPK), die seit längerem die Anwendung des Entschädigungsreglements kritisierte. Im Januar eskalierte der Streit, als die GPK bei der Ausserrhoder Regierung eine Aufsichtsbeschwerde einreichte. Die Prüfer rügten die Verrechnung pauschaler Arbeitsstunden und die Übernahme von Ausbildungsstellen. Die Gemeinderäte einigten sich schliesslich auf die Rückerstattung von 50 000 Franken, worauf die GPK ihre Beschwerde zurückzog.

Der Streit flammte vor zwei Wochen wieder auf, als die «Tüüfner Poscht» in einer Recherche pikante Details zu pauschal verrechneten Überstunden veröffentlichte. Gleichzeitig war in der Dorfzeitung eine Stellung-

nahme zu lesen, in welcher der Gemeinderat die GPK kritisierte. Unter Protest traten daraufhin drei der fünf GPK-Mitglieder zurück. FDP und SVP reagierten mit Rücktrittsforderungen. Die FDP verlangte Rücktritte, ohne konkrete Namen zu nennen – die Partei stellt vier der neun Gemeinderäte in Teufen.

Nervosität vor Wahlwochenende

In der Folge sah sich die Co-Präsidentin der Ausserrhoder FDP gezwungen, ihren Nationalratskandidaten Markus Bänziger aus der Schusslinie zu nehmen. Bänziger präsidiert seit 2011 die Teufner Finanzkommission. Am Wochenende stimmt die Teufner Bevölkerung zudem über den Projektierungskredit für ein wegen der Kosten umstrittenes Sekundarschulhaus ab.

Präsidentin der vorbereitenden Arbeitsgruppe ist Ursula von Burg. Zur ungelösten Entschädigungsaffäre will sich der Gemeinderat erst im November wieder äussern.

Chronik Streit um Entschädigungen

In Teufen ist seit Frühjahr 2014 zwischen dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission ein Streit um die Auslegung des Entschädigungsreglements im Gange.

29.3.2014 Die Geschäftsprüfungskommission prangert Praktiken im Gemeinderat an. Sie kritisiert unter anderem schludrige Arbeitsrapporte, überraschende Stundenabrechnungen und Auszahlungen, obwohl Gemeinderäte gar nicht mehr im Amt waren. Festgestellt wurden die Unregelmässigkeiten bei der Prüfung der Einhaltung des Entschädigungsreglements im Jahr 2012.

9.1.2015 Weil sie ihre Mittel als erschöpft ansieht, reicht die GPK gegen den Teufner Gemeinderat eine Aufsichtsbeschwerde beim Ausserrhoder Regierungsrat ein.

19.2.2015 Vor den anstehenden Gesamterneuerungswahlen gerät der Teufner Gemeindepräsident Walter Grob wegen der Entschädigungsaffäre immer stärker in die Kritik. Der Gewerbeverein und die SVP verweigern ihm die Unterstützung. Dagegen sprechen sich FDP und SP für eine Wiederwahl des bisherigen Gemeindepräsidenten aus.

5.3.2015 Als Folge der Ungeheimheiten zwischen dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission (GPK) lanciert die FDP Teufen eine Initiative. Diese verlangt eine Totalrevision der Gemeindeordnung und die Verkleinerung des Gemeinderates auf fünf Mitglieder.

26.3.15 Die Rückerstattung der Gemeinderäte beträgt insgesamt 50 000 Franken. Aus diesem Grund zieht die GPK die Beschwerde zurück.

2.10.15 In der Entschädigungsaffäre kommen neue Details ans Licht. Recherchen im «Appenzeller Volksfreund» zeigen, in welchem Umfang Gemeinderäte Pauschalstunden abgerechnet haben.

6.10.15 Drei der fünf GPK-Mitglieder treten aus Protest zurück. Sie kritisieren eine Stellungnahme des Gemeinderates in der «Tüüfner Poscht».

Kongresse fordern fixe Infrastruktur

Veranstalter grosser Kongresse kritisieren die fehlende Infrastruktur in den Olma-Hallen. Ihr Vorschlag: Einige Messehallen sollen zu Kongresshallen aufgerüstet werden. Die Olma Messen kennen die Forderung und haben Pläne dafür.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Sie müssten jedes Jahr für teures Geld Licht- und Ton-technik zumieten, ärgert sich Jochen Lange, Initiant des Europäischen Darmkongresses. Er spricht von «mehreren zehntausend Franken» und fordert deshalb: Mindestens eine Olma-Messehalle sollte fix mit der notwendigen Kongressinfrastruktur ausgestattet werden (Ausgabe vom 10. Oktober).

Ein Kongresszentrum mit fixen und permanent nutzbaren Kongress- und Veranstaltungseinrichtungen wäre auch Olma-

Direktor Nicolo Paganini lieb. Die Idee hatte die Olma Messen St. Gallen jahrelang umgetrieben – bis zum bitteren Aus; Mitte 2013 brachten Einsprecher und ein Gerichtsentscheid die Idee zu Fall.

Neue Tagungsräume

Für Veranstalter heisst es vorerst: Es gibt keine permanente Kongressinfrastruktur in den Messehallen. Und das, obwohl die Olma Messen seit dem Absturz des Kongresszentrums investiert haben: Kurz danach nahmen sie zwei Millionen in die Hand und rüsteten die Halle 9

auf. Es wurden vier Tagungsräume geschaffen, die einzeln oder kombiniert gebucht werden können; jeder Raum bietet Platz für maximal 150 Personen.

Wer dieser Tage durch die Halle 9 schlendert, sucht allerdings vergeblich danach: Während der Olma müssen die neuen Tagungsräume «weichen»; der Raum wird als Ausstellungsfläche benötigt.

Neue Messehalle auf Autobahn

Für Paganini ist denn auch unbestritten: «Wir brauchen eine neue Messe- und Eventhalle.» Wunschstandort der Olma

Messen: auf der Stadtautobahn. Mit einer Überdachung gewinnen sie das notwendige Bauland. Das Gesuch dafür liegt in Bern zur Prüfung.

Pläne für drei Hallen

Auf die Frage, ob mit dieser Investition für Messen und Events die Kongresse für die Olma Messen in den Hintergrund rücken, winkt Paganini ab. Mit der neuen Messehalle würden auch neue Möglichkeiten für Kongresse geschaffen – in den bestehenden Hallen. Es sei angedacht, dannzumal die Hallen 2, 3 und 9 fix mit Infrastruk-

tur auszurüsten, die für Kongresse geeignet sei – mit einer zeitlichen Ausnahme: Die Olma wird auch weiterhin jeden Quadratmeter in den drei Hallen als Ausstellungsfläche benötigen. Und so wird wohl auch künftig die Kongressinfrastruktur aus den Hallen gezügelt werden müssen – alljährlich im Herbst.

Trotz seiner Kritik an den Olma-Hallen kehrt Jochen Lange – nach einem Jahr Unterbruch – mit dem Darmkongress nach St. Gallen zurück. Der Grund: Der Charme St. Gallens obsiegt über die perfekte Münchner Kongressinfrastruktur.